

Berner Zeitung vom 02.03.2011, Seite 002

Emmental

bern

«Neuausrichtung darf nicht zu Aderlass führen»

Jugendarbeit Die Umverteilung der staatlichen Gelder schafft Verlierer und Gewinner. Der kantonale Verband für Jugendarbeit (Voja) stellt sich hinter den Kanton, sofern ein «Aderlass» ausbleibe. Die Gemeinden müssten über die Bücher.

Die geplante Umverteilung der kantonalen Mittel bei der Kinder- und Jugendarbeit macht die Stadt Bern zur Verliererin. Sie erhält bis zu 42 Prozent weniger, was massive Einschnitte beim Personal und dem Angebot zur Folge hätte (siehe gestrige Ausgabe). Worb beispielsweise gehört dagegen zu den Gewinnern. Die Gemeinde kann mit 10 bis 20 Prozent höheren Beiträgen rechnen, obwohl zwei FDP-Gemeindepolitiker den Bedarf gedeckt sehen. In der selber verfassten Evaluation schreiben Guy Lanfranconi und Nicola Jorio im Sommer 2010, dass die Jugendarbeit in «personeller und materieller Hinsicht gut dotiert ist». Franziska Wetli, Leiterin der Jugendarbeit Worb, lässt dies nicht gelten. Die Zahlen seien aus dem Zusammenhang gerissen. «Das ist ein Positionspapier, und die Gemeinde teilt diese Haltung nicht.» Worb trägt ähnlich wie Bern ein Drittel der Kosten selber, zwei Drittel übernimmt der Kanton via Lastenausgleich.

Verband begrüsst Neuerung

Jonathan Gimmel kennt die Situation in Worb gut. Als Präsident des Verbands der vernetzten offenen Kinder- und Jugendarbeit Kanton Bern (Voja) ist er der Ansicht, dass Kinder und Jugendliche auch in ländlichen Regionen Anspruch auf ein professionelles Angebot haben - und das sei noch nicht überall so. Gimmel begleitete die Arbeiten zum kantonalen Steuerungskonzept der Kinder- und Jugendarbeit und betont: «Die Neuausrichtung ist grundsätzlich gut. Heute sind die Unterschiede historisch bedingt gross.» In einigen Gemeinden liegt der Beitrag pro Einwohner bei 10, in anderen bei 30 Franken. Dass nun ein Grundbedarf formuliert und die Vergabe der Mittel an der Anzahl Kinder und Jugendlichen orientiert wird, begrüsst er: «Das ist eine faire Grundlage. Doch die Neuausrichtung darf natürlich nicht zu einem Aderlass führen.»

Zwar Sorge der Soziallastenindex für einen gewissen Ausgleich. «Im Rahmen der Vernehmlassung ist nun zu prüfen, ob dieser Faktor korrigiert werden muss», ergänzt er. Das sei nicht nur Sache des Kantons. «Hier sind auch die Gemeinden gefordert. Sie müssen sich überlegen, welches Angebot sie wollen und wie viel es ihnen wert ist.» Biel etwa habe sein Angebot verstärkt auf die Quartiere ausgerichtet. Er gibt zu bedenken, dass in vielen anderen Kantonen offene Kinder- und Jugendarbeit eine kommunale Aufgabe ist. Ohne Zweifel sei diese Arbeit jedoch nützlich und wirksam: «Sie findet im Sozialraum statt, dort, wo die Kinder und Jugendlichen leben.»

Stadt Bern lotet Situation aus

«Auch in Bern ist die Jugendarbeit auf die Quartiere ausgerichtet», sagt Jugendamtleiter Jürg

Häberli. Er hofft, dass der Kanton, wie in Aussicht gestellt, die Betriebskosten des Jugendzentrums Gaskessel übernimmt. «Werden die 427 000 Franken der Stadt im Lastenausgleich nicht angerechnet, entschärft dies die Situation», sagt er. Trotzdem werde man nach Synergien suchen müssen. Die Frage stelle sich etwa, ob es zwei Geschäftsstellen brauche in diesem Bereich. Beim Angebot selber sieht er jedoch kein Sparpotenzial.

Kinderfreundliche Spielräume

Der Bericht «Jugend und Gewalt», den der Kanton vor einem Jahr präsentierte, stützt dies: In der Kompassstrategie wird das «Schaffen, verbessern und erhalten von kinderfreundlichen Spiel- und Lebensräumen» aufgeführt. Die offene Kinder- und Jugendarbeit fördere die Sozialkompetenz und die Konfliktfähigkeit. Es wird gar mehr Präsenz der offenen Jugendarbeit vorgeschlagen.

Am liebsten sähe es Jonathan Gimmel, wenn insgesamt mehr finanzielle Mittel in diese Arbeit fließen würden. Da hatte das kantonale Sozialamt jedoch klare Vorgaben: Die Neuausrichtung muss kostenneutral erfolgen.

Christoph Aebischer

Christoph Aebischer

(c) Berner Zeitung AG

648434, BERN, 02.03.2011, Words: 550, NO: 20110302s2002362020541